

Rechtsterrorismus in Deutschland

Die unterschätzte Gefahr?

Nele Katharina WISSMANN

Dezember 2019



Studienkomitee für
deutsch-französische
Beziehungen (Cerfa)

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen*, [Cerfa](#) (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.



Diese Studie wird im Rahmen des „Deutsch-Französischen Zukunftsdialogs“ veröffentlicht, einem Projekt des Cerfa des Ifri, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Robert Bosch Stiftung.



Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte trägt die Autorin.

ISBN: 979-10-373-0116-1

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2019

Diese Veröffentlichung zitieren:

Nele Katharina Wissmann, „Rechtsterrorismus in Deutschland. Die unterschätzte Gefahr?“, *Notes du Cerfa*, Nr. 151, Ifri, Dezember 2019.

Ifri

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: accueil@ifri.org

Website: Ifri.org

Notes du Cerfa

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in regelmäßigen Abständen und analysiert die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands in den Bereichen: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Sie sind wie auch die „Visions franco-allemandes“ auf der Internetseite des [Cerfa](#) verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Das Cerfa

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes“, zu Deutsch: *Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen*, wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Prof. Dr. Hans Stark ist Generalsekretär des Cerfa. Katja Borck ist Projektbeauftragte und für den „Deutsch-Französischen Zukunftsdialog“ zuständig. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

Über die Autoren

Nele Katharina Wissmann war von September 2009 bis April 2016 im Cerfa beschäftigt. Seit September 2016 ist sie Associate Fellow.

Sie hat einen deutsch-französischen Doppelabschluss (Deutsch-französische Hochschule) in Europäischen Studien. Sie ist Absolventin des Masterprogramms Europäische Studien der Universität Paris III – Sorbonne Nouvelle.

Zusammenfassung

Im Jahr 2018 stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz 24.100 Menschen in Deutschland als rechtsextrem ein. Mehr als jeder zweite Rechtsextreme wird dabei als „gewaltbereit“ bezeichnet. Diese Zahlen zeigen das hohe Gefahrenpotential für den deutschen Rechtsstaat auf, das sich bereits in Form von verschiedenen Terroranschlägen gegen Ausländer, Religionsgemeinschaften und in jüngster Zeit auch Politiker in Deutschland manifestiert hat.

Rechtsextremismus in Deutschland hat sich seit den 90er Jahren tiefgreifend gewandelt, was die Formulierung von Handlungsempfehlungen und die Entwicklung von Präventionsverfahren schwierig gestaltet. Es hat sich ein komplexes und volatiles Netzwerk herausgebildet, in dem die Grenzen zwischen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus verschwimmen. Angesichts dieser neuen Herausforderungen haben die nationalen Sicherheitsbehörden begonnen, die Klassifizierung, Prävention und Bekämpfung des rechtsextremen Terrorismus neu zu überdenken.

Abstract

In 2018, the Federal Office for the Protection of the Constitution classified 24,100 people in Germany as right-wing extremists. More than one out of two right-wing extremists is described as “violence-oriented”. These figures demonstrate the high level of threat in the German constitutional democracy, which has already manifested itself in the form of various terrorist attacks against foreigners, religious communities and more recently politicians.

Right-wing extremism in Germany has undergone a profound transformation since the 1990s, making the formulation of recommendations for action and prevention more challenging. A complex and unstable network that blurs the dividing lines between right-wing populism, right-wing extremism and right-wing terrorism has recently emerged. In view of these new challenges, a process of rethinking has begun in Germany with regard to the classification, prevention and combating of right-wing terrorism by security authorities.

Inhaltsverzeichnis

EINFÜHRUNG	6
SCHLAGLICHT 1: UNTERSCHIEDE BEI DER DEFINITION VON RECHTSTERRORISMUS.....	8
SCHLAGLICHT 2: SIGNIFIKANZ VON HISTORISCHEN BEZUGSPUNKTEN.....	11
SCHLAGLICHT 3: RECHTSTERRORISMUS ALS KONSTANTE DER GESCHICHTE DER BRD.....	12
SCHLAGLICHT 4: RECHTSTERRORISMUS, NICHT NUR EIN OSTDEUTSCHES PROBLEM	13
SCHLAGLICHT 5: ANKUNFT DES RECHTSEXTREMISMUS IM 21. JAHRHUNDERT	15
SCHLAGLICHT 6: VERBOTSFAHREN, NICHT DER EINZIGE LÖSUNGSANSATZ.....	17
SCHLAGLICHT 7: VERGLEICHBARKEIT DER VERSCHIEDENEN EXTREMISMUSSPIELARTEN	21
SCHLAGLICHT 8: INTERNATIONALE VERNETZUNG VON RECHTSTERRORISTEN ALS NEUE HERAUSFORDERUNG	23
SCHLAGLICHT 9: UNTERWANDERUNG DES STAATSAPPARATS ALS NEUE HERAUSFORDERUNG	24
SCHLUSSFOLGERUNG	25
WEITERFÜHRENDE LITERATUR	27

Einführung

Das Thema „Rechtsterrorismus“ wurde in der deutschen Forschung lange Zeit nur cursorisch behandelt. Erst mit der Terror-Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in den 2000er Jahren entwickelte sich ein verstärktes Bewusstsein für die akute Gefahrenlage, die vom rechtsextremen Lager in Deutschland ausgeht. 1999, im Gründungsjahr des NSU, dem Jahr seines ersten Sprengstoffanschlags und ein Jahr vor dem ersten Mord am türkischen Blumenhändler Enver Şimşek, stellte der deutsche Verfassungsschutz fest: „Seit Jahren gibt es Hinweise auf Waffen und Sprengstoffe in der rechtsextremistischen Szene; es fehlt aber bisher die Absicht, diese gezielt zu Anschlägen einzusetzen. Die meisten Rechtsextremisten lehnen zumindest aus taktischen Erwägungen terroristische Anschläge ab. Sie befürchten, dass derartige Planungen den Sicherheitsbehörden nicht verborgen bleiben und dementsprechend verstärkte Strafverfolgungsmaßnahmen nach sich ziehen würden.“¹

Die eher zufällige Aufdeckung der NSU-Mordserie im Jahr 2011 und der damit verbundene Rücktritt des Leiters des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) und der Landesbehörden Thüringens, Sachsens und Berlins haben zu einem Umdenken in Deutschland geführt. Der Verfassungsschutzbericht 2018² spricht explizit von der „Gefahr, dass sich gewaltorientierte Rechtsextremisten durch die emotionalisierte Debatte³ radikalieren“ und diese „Radikalisierungsverläufe [...] bis zur Bildung terroristischer Gruppierungen führen [können].“

Während die Dunkelziffer rechtsextremistisch motivierter Taten von Sicherheitsexperten sehr hoch eingeschätzt wird, haben die jüngsten Anschläge im Jahr 2019 die Gefahrenlage auf eine neue Ebene gehoben. Mit der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke durch einen Rechtsextremisten⁴ und dem Anschlag auf eine Synagoge in der ostdeutschen Stadt Halle im Oktober 2019 wurden zum ersten Mal politische Entscheidungsträger zur direkten Zielscheibe des rechten Terrors

1. Verfassungsschutzbericht 1999 des Bundesministeriums des Inneren, Juni 2000.

2. Verfassungsschutzbericht 2018 des Bundesministeriums des Inneren, Juni 2019.

3. Anm. d. Verf.: Gemeint ist die gesellschaftspolitische Debatte über die deutsche „Asylpolitik“.

4. Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke wurde vor seinem Wohnhaus mit einem Pistolenschuss aus nächster Nähe in den Kopf getötet. Als dringend tatverdächtig wurde am 15. Juni 2019 der hessische Rechtsextremist Stephan Ernst festgenommen. Am 25. Juni legte er ein Geständnis ab, das er am 2. Juli widerrief.

bzw. antisemitische Ressentiments in konkrete terroristische Aktivitäten überführt.⁵

Der tiefgreifende Wandel, den der rechte Rand in Deutschland seit den Neunzigerjahren durchgemacht hat, gestaltet seine Analyse und die Formulierung von Lösungsansätzen komplexer. Das rechte Spektrum hat sich zugleich radikalisiert und verbürgerlicht. Am einen Ende des rechten Randes steht derzeit eine Vielzahl loser Gruppierungen mit inhärenter Gewaltaffinität, die es gelernt haben, sich im Fall einer Observierung durch den deutschen Sicherheitsapparat schnell und effizient neu umzubilden oder unterzutauchen. Auf der anderen Seite erstarken die gemäßigten Rechtspopulisten, die sich bürgerlich-konservativ geben. Während der rechte Rand der 90er und 2000er-Jahre ein Bild der inneren Zerstrittenheit und strikten Abgrenzung von anderen Gruppen abgibt, hat sich heute ein komplexes, volatiles Netzwerk ergeben, das die Grenzen zwischen Rechtspopulismus, -extremismus und -terrorismus stark verwischt.

Im Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz 2018 wurden 24.100 Menschen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland als rechtsextrem eingestuft. Mehr als jeder zweite Rechtsextreme wird dabei als „gewaltorientiert“ klassifiziert. Hieraus lassen sich zwei Dinge ablesen: Seit zwanzig Jahren sinkt die Gesamtzahl der organisierten Rechtsextremisten in Deutschland, vor allem durch den Niedergang rechtsextremer Parteien wie der NPD. Anfang der 90er Jahre registrierte das Bundesamt für Verfassungsschutz noch 65.000 Rechtsextreme, 2010 nur noch 25.000 Personen. Gleichzeitig hat sich aber der Anteil der gewaltbereiten Rechtsextremisten im Zehnjahrestakt jeweils fast verdoppelt 1990: 1.400, 2000: 2.200, 2010: 5.600.⁶ Trotz Rückgang der Anzahl organisierter Rechtsextremisten ergibt sich aus diesen Zahlen eine akute Gefahrenlage durch Rechtsterrorismus für den deutschen Rechtsstaat.

Im Folgenden sollen im Rahmen von neun Schlaglichtern zentrale Merkmale des deutschen Rechtsterrorismus definiert und der sich daraus ergebende Handlungsbedarf nachgewiesen werden.

5. Nach Einschätzung von Sicherheitsexperten kam es bereits früher zu Anschlägen auf Bürger jüdischen Glaubens und auf jüdische Glaubensorte. Diese konnten vom BKA jedoch nicht endgültig aufgeklärt werden und sind in den Statistiken dementsprechend nicht als terroristische Taten aufgeführt.

6. Verfassungsschutzbericht 2018 des Bundesministeriums des Inneren, Juni 2019.

Schlaglicht 1:

Unterschiede bei der Definition von Rechtsterrorismus

Die Definition von Rechtsterrorismus ist in Deutschland noch nicht abgeschlossen. Hieraus ergeben sich starke Diskrepanzen bei der Erfassung rechtsterroristischer Taten zwischen Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz und Opfer- sowie Präventionsverbänden. Die zwischen 1949 und 2011 vermutlich hohe Dunkelziffer von Todesopfern des Rechtsterrorismus aufgrund nicht vorhandener oder mangelhafter Erfassung, konnte deutlich eingegrenzt werden, bleibt jedoch bestehen.

Beobachter des rechtsextremen und rechtsterroristischen Milieus kritisieren, dass das deutsche Strafrecht den aktuellen Entwicklungen der Szene nicht ausreichend gerecht wird. Es fokussiert sich auf die Bildung terroristischer Vereinigungen, die in Deutschland in § 129a des Strafgesetzbuches (StGB) als Straftat normiert ist. Es ist dabei zu unterstreichen, dass der Straftatbestand in direktem Bezug zu den linksterroristischen Anschlägen der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) steht und auf diese ausgelegt ist. Aus strafrechtlicher Sicht fallen heute viele Rechtsterroristen durch das Raster, da sie als Einzeltäter und zeitweilige Untergrundzellen, jedoch nicht als terroristische Vereinigung erfasst werden. Dies hat zwei Gründe: Das personelle Element verlangt einen Zusammenschluss von mindestens drei Personen. Dieser Zusammenschluss muss zudem auf eine gewisse Dauer angelegt sein.⁷

Vertreter der rechten Szene vermeiden aufgrund der aktuellen Gesetzeslage nach außen erkennbare Strukturen und stehen als „Kameradschaften“ und „Freundeskreise“ auf dem Papier mit dem deutschen Strafrecht nicht im Konflikt. Diese Strategie wird aktuell insbesondere von den Kameradschaften der „Autonomen Nationalisten“ praktiziert, die Handlungsmuster des linksextremen Schwarzen Blocks übernommen haben und aufgrund ihrer Vorgehensweise strafrechtlich nur schwer zu verfolgen bzw. zu verbieten sind.⁸ Achtungserfolge erlangte die deutsche

7. Nicole Selzer, „Organisierte Kriminalität als kriminelle Vereinigung – Eine kritische Auseinandersetzung mit der Reform des § 129 StGB“, *Kriminalpolitische Zeitschrift*, Juli 2018.

8. Bundeskriminalamt, „Bekämpfung des Rechtsextremismus. Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung“, BKA-Tagung 2012, Band 46 *Polizei und Forschung*.

Justiz in den letzten Jahren u.a. durch die Verurteilungen der Gruppierungen „Oldschool Society“⁹ und „Gruppe Freital“¹⁰. In beiden Fällen konnten die Gerichte Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nachweisen, die durch schwere Straftaten die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet und dementsprechend durch die Gerichte mit einem relativ hohen Strafmaß bedacht wurden. Im aktuellen Fall des ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke gestaltet sich dies noch komplexer. Obwohl der rechtsextreme Hintergrund des Täters nachgewiesen ist, konnten derzeit keine Vernetzungen zu anderen Rechtsextremisten nachgewiesen und die Tat dementsprechend aus strafrechtlicher Sicht nicht als Rechtsterrorismus eingeordnet werden.

Der Terrorismus-Begriff der Verfassungsschutzbehörden unterscheidet sich von der strafrechtlichen Definition und ist deutlich weiter gefasst. Es werden somit auch Einzelpersonen erfasst, die für die Erreichung ihrer politischen Ziele Anschläge auf Leib, Leben und Eigentum anderer verüben wollen. Die von den Verfassungsschutzbehörden angewandte Definition scheint den neuen Realitäten des rechtsextremen Milieus besser gerecht zu werden. Aktuelle Zahlen des Verfassungsschutzes zeigen dabei sehr deutlich den Anstieg eines weitgehend unstrukturierten rechtsextremen Personenpotenzials auf:

Tabelle 1: Rechtsextremismuspotenzial¹¹

	2017	2018
In Parteien¹²	6.050	5.510
In parteiunabhängigen Strukturen	6.300	6.600
Weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial	12.900	13.240

9. 2015 ausgehobene neonazistische Terrororganisation, die Anschläge auf bekannte Salafisten, Moscheen, Kirchen, Kindergärten, Asylbewerber- und Behindertenheime geplant hat.

10. Rechtsterroristische Gruppierung, deren Mitgliedern Sprengstoffanschläge auf Asylunterkünfte und Übergriffe auf Flüchtlingsunterstützer nachgewiesen werden konnte.

11. Verfassungsschutzbericht 2018 des Bundesministeriums des Inneren, Juni 2019. Das unstrukturierte rechtsextremistische Gefahrenpotential wird erst seit kurzem erfasst und bildet die neuen Agitationsformen von Rechtsterroristen ab.

12. Die AfD steht bundesweit derzeit nicht unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Geprüft werden jedoch die AfD-Gruppen „Der Flügel“, rechtsnationaler Flügel der Partei, und der Jugendverband „Junge Alternative“. Zudem wurde Mitarbeitern der AfD Nähe zur „Identitären Bewegung“ nachgewiesen. Die Bewegung, die ursprünglich in Frankreich gegründet wurde und seit 2010 in Deutschland agiert, wurde 2019 als offizieller Beobachtungsfall eingestuft. Die Gruppierung kann nun mit allen nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werden.

Wie bereits oben erwähnt, weisen dabei 12.700 Personen ein erhöhtes Gewaltpotenzial vor. Dieses lässt sich wiederum in den Zahlen des Bundeskriminalamtes (BKA) wiederfinden, die deutlich die Prädominanz „Politisch motivierter Kriminalität“ (PMK) aus dem rechten Spektrum im Vergleich zur „PMK-links“ und Straftaten, die dem Bereich „PMK-ausländische Ideologie“ zugeordnet werden, nachweisen. Bei den Strafbeständen waren Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung.

Tabelle 2: „Politisch motivierte Kriminalität“¹³

	2017	2018
PMK-rechts	20.520	20.431
PMK-links	9.752	7.961
PMK-ausländische Ideologie	1.671	2.487

Diesen Zahlen stehen für das Jahr 2018 vier Ermittlungsverfahren¹⁴ gegen 30 Beschuldigte aus dem Phänomenbereich „PMK-rechts“ nach § 129a StGB gegenüber.¹⁵

13. Verfassungsschutzbericht 2018 des Bundesministeriums des Inneren, Juni 2019.

14. Die Ermittlungsverfahren betreffen die mutmaßlichen Vereinigungen der „Aryans“, der „Old School Society“, der „Nordadler“ und der „Revolution Chemnitz“.

15. Kleine Anfrage „Straf- und Ermittlungsverfahren nach § 129, § 129a und § 129b, StGB sowie sonstige Terrorismusverfahren im Jahr 2018“, Drucksache 19/9773, Deutscher Bundestag.

Schlaglicht 2: Signifikanz von historischen Bezugspunkten

Forschung zu den Themen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus ist ohne den historischen Bezugsrahmen, gerade im deutschen Kontext, nicht möglich. Ideologischer Referenzrahmen bleibt der Nationalsozialismus, auch wenn die Gruppierungen in sich als ideologisch nicht homogen zu bezeichnen sind und sich vielfach stark in ihren Verhaltenskodexen und Auftreten „modernisiert“ haben. Generell gilt jedoch: Rechtsextremisten lehnen die freiheitliche demokratische Grundordnung ab und wollen – auch unter Anwendung von Gewalt – ein autoritäres oder gar totalitäres staatliches System errichten, in dem nationalistisches und rassistisches Gedankengut die Grundlage der Gesellschaftsordnung bilden soll. In diesem Kontext ist die Ermordung des hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Jahr 2019 ein Präzedenzfall und könnte als Blaupause für weitere terroristische Anschläge dienen: Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist ein Repräsentant des Staates einem politischen Mord von Rechtsterroristen zum Opfer gefallen, was den Rechtsterrorismus auf eine neue Stufe hebt. Man muss bis in die frühen, chaotischen Jahre der Weimarer Republik¹⁶ zurückgehen, um vergleichbare Verbrechen zu finden, was den Fall Lübcke für den deutschen Rechtsstaat umso alarmierender aber auch historisch bedeutsamer macht.

16. Bezugspunkte sind hier die Ermordung des damaligen Reichsaußenministers Walther Rathenau am 24. Juni 1922 auf offener Straße durch rechtsextremistische, antisemitische Verschwörer sowie die Ermordung des ehemaligen Reichsfinanzministers Matthias Erzberger am 26. August 1921 von rechtsradikalen einstigen Marineoffizieren.

Schlaglicht 3: Rechtsterrorismus als Konstante der Geschichte der BRD

Das Gefahrenpotential, das von Rechtsterrorismus ausgeht, wurde lange Zeit von der deutschen Gesellschaft verkannt. Obwohl sich Rechtsterrorismus als Konstante durch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zieht, findet er sich im nationalen Gedächtnis jedoch vielmehr in Form isolierter Gewalttaten, wie zum Beispiel dem Oktoberfestattentat¹⁷ von 1980 und später der NSU-Anschlagsserie wieder. Rechtsextremismus in der DDR zeigte sich seit deren Gründung 1949 bis zu ihrem Ende 1990 in verschiedener Form, blieb dort aber wegen des zur staatlichen Doktrin erhobenen Antifaschismus ein Tabuthema. Rechtsterroristische Taten sind dabei eng an zentrale Zeitenwenden in Deutschland gebunden, die den Aufschwung von Rechtsextremismus zu Zeiten starker gesellschaftlicher Verunsicherung nachzeichnen. Zu diesen Taten gehören u.a. das Attentat auf den Wortführer der Studentenbewegung der 1960er Jahre in West-Berlin und in Westdeutschland, Rudi Dutschke, die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen drei Jahre nach dem Mauerfall gegen ein Asylbewerberheim, sowie der Mord am hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Jahr 2019 infolge seines starken Engagements in der Flüchtlingshilfe.

17. Beim Oktoberfestattentat wurden 1980 zwölf Personen ermordet und 213 verletzt. Der Anschlag gilt als schwerster Terrorakt der deutschen Nachkriegsgeschichte. Als mutmaßlicher Einzeltäter wurde ein Anhänger der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann ermittelt.

Schlaglicht 4:

Rechtsterrorismus, nicht nur ein ostdeutsches Problem

Da der Fokus seit der deutschen Wiedervereinigung lange Zeit auf einzelne Taten statt auf den Gesamtzusammenhang gelegt wurde, und diese wiederum subjektiv wahrgenommen vermehrt in Ostdeutschland bzw. durch ostdeutsche Bürger verübt wurden, werden Rechtspopulismus, -extremismus und -terrorismus von der öffentlichen Meinung häufig verkürzt als Ostphänomen eingeordnet. Diese Annahme ist sowohl aus historischer, als auch aus aktueller Perspektive falsch.

Wie in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich ab den achtziger Jahren auch in der DDR eine rechtsextreme Skinheadszene, die ihrer Unzufriedenheit mit der DDR Ausdruck verleihen wollte, im „antifaschistischen Staat“ DDR jedoch aus politischen Gründen als „Randalierer“ oder „negativ-dekadente Jugendliche“ und nicht als rechtsradikale Agitatoren eingestuft und somit auch nicht entsprechend registriert wurden. Eine rechtsextreme Szene war in der DDR anders als von der Regierung kommuniziert zwar präsent, jedoch lediglich eine Randerscheinung. Rechtsextreme bzw. rechtsterroristische Tendenzen bildeten sich in der Bundesrepublik hingegen bereits nach dem Kriegsende heraus. Sie artikulierten sich vorerst in paramilitärischen Strukturen wie den sogenannten Wehrsportgruppen¹⁸, der Neugründung rechtsradikaler Parteien und schließlich in Form rechtsterroristischer Anschläge¹⁹ ab den achtziger Jahren. Gestützt auf ihre bereits funktionierenden Netzwerke in der BRD, dienten den westdeutschen Rechtsextremen die neuen Bundesländer nach 1990 als Agitationsort. Sie nutzten die große gesellschaftliche Verunsicherung, die durch die Wiedervereinigung hervorgeführt wurde, bewusst zu eigenen Zwecken. Rechtsextreme Führungsfiguren aus dem Westen machten sich sofort nach dem Mauerfall auf den Weg in den Osten, um neue Mitglieder anzuwerben. Aktuelle Entwicklungen in den neuen

18. Die Wehrsportgruppen waren insbesondere in den siebziger und achtziger Jahren aktiv. Sie erkannten das staatliche Gewaltmonopol der Bundesrepublik Deutschland nicht an und bildeten für den nicht staatlichen Verteidigungsfall aus.

19. Hierzu zählen insbesondere die Ermordung von Shlomo Lewin und Frida Poeschke sowie das Oktoberfestattentat.

Bundesländern gründen sich also vordererst auf westdeutschem Versagen, rechtsextremistische Anwerbungstendenzen einzudämmen.

Aktuelle Entwicklungen in der Szene, wie das Erstarren der „Autonomen Nationalisten“, die öffentlichkeitswirksam als „Schwarzer Block“ bei Demonstrationen auftreten und vom deutschen Verfassungsschutz als stark gewaltbereit eingeordnet werden, sind neben Berlin insbesondere im Ruhrgebiet vorzufinden. Zu einem Zentrum dieser Szene hat sich in den letzten Jahren Dortmund entwickelt, wo autonome Nationalisten aus dem Umfeld des inzwischen verbotenen „Nationalen Widerstands Dortmund“ agieren. Rechtsextremismus und -terrorismus sind dementsprechend nicht nur regionalspezifisch einzuordnen, sondern sind als bundesweites Gefahrenpotential einzustufen und auch als solches zu behandeln. Die Häufung rechtsextremistisch motivierter Anschläge und Gewalttaten im Osten muss dennoch als eine der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen Deutschlands anerkannt werden. Die nationale Erzählung einer gelungenen Wiedervereinigung stößt sich hier an den konkreten Statistikzahlen von „PMK-rechts“ und den Wahlergebnissen der AfD in Ostdeutschland²⁰ sowie der nachweisbaren Radikalisierung dieser Partei in den ostdeutschen Bundesländern, konkret in Form der völkisch-nationalistischen Gruppierung „Der Flügel“. Hier gilt es eine ungehemmte Ursachenforschung zu betreiben, die weder den westdeutschen moralischen Zeigefinger herausholt, noch konkrete Fakten und Gefahrenlagen aus falscher Pietät auslässt.

20. Landtagswahlen Brandenburg 23,5% (+11,3%, zweistärkste Partei); Landtagswahlen Sachsen 2019: 27,5% (+17,8%, zweistärkste Partei), Landtagswahlen Thüringen 23,4% (+12,8%, zweistärkste Partei).

Schlaglicht 5: Ankunft des Rechtsextremismus im 21. Jahrhundert

Der „veraltete Nationalsozialismus“ ist – zumindest äußerlich im 21. Jahrhundert angekommen. Rechtsextreme Gruppierungen haben in den letzten Jahren einen „Modernisierungskurs“ durchlaufen, der es ihnen erlaubt, Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch modernisierten Lifestyle entgegenzukommen und nicht dem Image des Ewiggestrigen und den Klischees vom „Stiefel-Nazi“ und „Skinhead“ zu entsprechen. Während die Regeln der rechtsextremen Parteien und Neonazi-Gruppierungen von vielen Aussteigern als zu streng und engmaschig beschrieben werden²¹, bieten neue Gruppen wie die „Autonomen Nationalisten“ ein für sie interessantes Gegenangebot bei gleichbleibender Ideologie und konstanter, wenn nicht sogar höherer Gewaltbereitschaft. Bewusst wird dabei auch mit der Symbolik und Ästhetik der politischen Gegner aus der antifaschistischen Szene gespielt und ihre Kleiderkodex vereinnahmt. Die von Soziologen als „Patchwork-Identität“²² beschriebene neue Erscheinungsform, ermöglicht es den Mitgliedern einerseits aktuellen internationalen Jugendtrends gerade im Kleidungs- und Musikstil zu folgen, was ihnen in der „klassischen“ Neonaziszene verwehrt geblieben wäre, und so in den Großstädten relativ unerkannt zu bleiben. Andererseits bleiben sie dem „klassischen“ Hitlerismus, also dem direkten Bezug auf das politische System der von Hitler ausgeübten Herrschaft, treu.

Die von staatlicher Seite lange Zeit genutzte „Schablone“ der neunziger Jahre, die auf die rechtsextreme Szene gelegt wurde und sich stark auf die klassischen Erscheinungsformen Glatzkopf, Springerstiefel, Bomberjacke fokussierte, verkannte das Gefahrenpotential dieser neuen Gruppierungen. Was vor einem Jahrzehnt als bizarre Provokation durch eine Handvoll Aktivisten begann, ist heute fester Bestandteil des deutschen Rechtsextremismus. Während das Auftreten der „Autonomen Nationalisten“ bei älteren Rechtsextremisten anfangs auf harte Kritik stieß und als „undeutsch“ und „entartet“ bezeichnet wurde, scheint der offen

21. Vgl. hierzu T. Staud und J. Radke: *Neue Nazis: Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts*, Köln: KiWi, 2012.

22. Ebenda.

ausgetragene Generationskonflikt zwischen Nachwuchs und verkrusteten alten Strukturen heute beendet und gibt dem rechtsextremen Lager eine bisher nicht dagewesene Schlagkraft dort wo interne Differenzen bisher bremsend gewirkt haben.

Schlaglicht 6: Verbotsfahren, nicht der einzigste Lösungsansatz

Verbotsverfahren gegen rechtsradikale Gruppierungen nach Paragraph 3 des Vereinsgesetzes²³ aber auch gegen rechtsextremistische Parteien werden von Experten nicht immer als finaler und einziger Lösungsansatz gewertet und können sich durchaus auch kontraproduktiv auf die Arbeit des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes auswirken. Nachdem die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 1969 knapp den Einzug in den Bundestag verpasst hatte, zerfiel das rechtsextreme Lager aufgrund innerer Streitigkeiten um die politische Ausrichtung in Splittergruppen, die sich in den siebziger Jahren stark radikalisierten und ab den achtziger Jahren dann auch rechtsterroristische Taten ausübten.²⁴ Viele ehemalige NPD-Mitglieder rechtfertigten die Radikalisierung und Militarisierung damit, dass die Ziele des rechtsextremen Lagers durch die Einhaltung demokratischer Prinzipien im Rahmen einer Parteistruktur nicht durchzusetzen seien.

Der partielle Zerfall der NPD hatte in diesem Hinblick negative Auswirkungen, da die sichtbare Oberfläche des Rechtsextremismus deutlich reduziert wurde. Das heute enge Netz an „freien“ Zusammenschlüssen jenseits von Parteien und Vereinen ist hingegen nur schwer zu beobachten und entsprechend zu verfolgen.

23. Dieser Paragraph gibt den Bundesministern des Inneren oder der nach Landesrecht zuständigen Behörde die Möglichkeit, Vereine zu verbieten, deren Zwecken oder Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richten.

24. Zu nennen sind in diesem Kontext die Deutschen Aktionsgruppen, die NSDAP-Aufbauorganisation, die Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten, die Wehrsportgruppe Hoffmann.

Tabelle 3: Verbote rechtsextremer Organisationen²⁵

	Verbotene Organisationen	Für die Verbote zuständige Behörden
1992	Nationalistische Front (NF) Deutsche Alternative (DA) Deutscher Kameradschaftsbund (DKB) Nationale Offensive (NO)	Bundesminister des Innern Bundesminister des Innern Innenminister von Niedersachsen Bundesminister des Innern
1993	Nationaler Block Heimattreue Vereinigung Deutschlands Freundeskreis Freiheit für Deutschland	Innenminister von Bayern Innenminister von Baden-Württemberg Innenminister von Nordrhein-Westfalen
1994	Wiking-Jugend	Bundesminister des Innern
1995	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei Nationale Liste (NL) Direkte Aktion/Mitteldeutschland	Bundesminister des Innern Innensenator von Hamburg Innenminister von Brandenburg
1996	Skinheads Allgäu	Innenminister von Bayern
1997	Kameradschaft Oberhavel	Innenminister von Brandenburg
1998	Heide-Heim e. V.	Innenminister von Niedersachsen
2000	Hamburger Sturm Blood & Honour	Innensenator von Hamburg Bundesminister des Innern
2001	Skinheads Sächsische Schweiz	Innenminister von Sachsen
2004	Fränkische Aktionsfront	Innenministerium von Bayern
2005	Kameradschaft Tor Berliner Alternative Süd-Ost Kameradschaft Hauptvolk Kameradschaft ANSDAPO	Innensenator von Berlin Innensenator von Berlin Innenminister von Brandenburg Innenminister von Brandenburg
2006	Schutzbund Deutschland	Innenminister von Brandenburg
2007	Sturm 34	Innenminister von Brandenburg
2008	CollegiumHumanum e. V. Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust verfolgten	Bundesminister des Innern Bundesminister des Innern

25. Bundesamt für Verfassungsschutz, Übersicht über Verbotsmaßnahmen des BMI gegen rechtsextremistische Organisationen im Zeitraum von Januar 1990 bis Dezember 2016.

2009	Heimattreue Deutsche Jugend e. V. Mecklenburgische Aktionsfront	Bundesminister des Innern Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern
2011	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.	Bundesminister des Innern
2012	Kameradschaft Walter Spangenberg Widerstandsbewegung in Südbrandenburg Kameradschaft Aachener Land Kameradschaft Hamm Nationaler Widerstand Dortmund26 Besseres Hannover	Innenminister von Nordrhein-Westfalen (NRW) Innenminister von Brandenburg Innenminister von NRW Innenminister von NRW Innenminister von NRW Innenminister von Niedersachsen
2013	Nationale Sozialisten Döbeln	Innenminister von Sachsen
2014	Nationale Sozialisten Chemnitz Autonome Nationalisten Göppingen	Innenminister von Sachsen Innenminister von Baden-Württemberg
2015	Sturm 18 e. V	Innenminister von Hessen
2016	Betreiberverein des Internet-portals „Altermedia Deutschland“ Weisse Wölfe Terrorcrew	Bundesminister des Innern Bundesminister des Innern

Obwohl in den 2000er Jahren 14 rechtsextreme Organisationen verboten wurden, ermordete die NSU genau in diesen Jahren neun Migranten und eine Polizistin, verübte 43 Mordversuche, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle.

Welche Kenntnis der Terrorzelle NSU und ihrer Taten die rechtsextreme Szene vor 2011 hatte, ist nicht vollständig geklärt. Es wird jedoch vermutet, dass das Kerntrio sowohl persönlich als auch organisatorisch eng mit der jeweiligen örtlichen Naziszene in Kontakt stand.²⁷ Der Fall zeigt dementsprechend die Grenzen des derzeitigen Systems auf. Einzeltäter und kleinere Terrorzellen fallen durch das Sicherheitsnetz bzw. können durch das enge Netzwerk schnell untertauchen.

Ende September 2018 bestanden bundesweit insgesamt 657 offene Haftbefehle gegen 497 Personen, die dem politisch rechten Spektrum zuzurechnen sind, derzeit jedoch untergetaucht sind. Auch wenn sich mehr als 80 Prozent der Haftbefehle auf allgemeinkriminelle Straftaten wie Diebstahl, Betrug, Erschleichen von Leistungen, Beleidigung und

26. Siehe Schlaglicht 4.

27. Das Trio bewegte sich im Umfeld von Jan Werner, dem europaweit vernetzten Inhaber eines Versandhandels für rechte Musik und Mitglied des 2000 verbotenen Blood & Honour.

Verkehrsdelikte beziehen, liegen 18 Haftbefehlen ein politisch rechtsextremistisch motiviertes Gewaltdelikt zugrunde, 90 Haftbefehle bestehen wegen Straftaten mit politisch rechtsextremistischem Hintergrund. Beim BKA besteht die akute Sorge, dass untergetauchte Neonazis erneut Gewalttaten oder sogar Terroranschläge begehen könnten.²⁸

Nicht jeder Rechtsextremist ist ein Rechtsterrorist; Rechtsterroristen haben sich hingegen in den meisten Fällen in rechtsextremen Netzwerken radikalisiert. Gleichzeitig findet eine Radikalisierung extremistischer Gruppen hin zu terroristischen Formationen vielfach erst nach einer gewissen Zeit im Untergrund statt. Die Gruppen- und Sachzwänge des isolierten Lebens im Untergrund und die eigene Wahrnehmung, die alternativen Formen von Realitäten außerhalb des Gruppenzusammenhangs zu verdrängen, führen zu stärkeren Radikalisierungsprozessen und zu höherer Gewaltintensität bei Anschlägen. Die Subkultur der „Autonomen Nationalisten“, die sich häufig in Wohngemeinschaften zusammengeschlossen haben, wird von Beobachtern aus diesem Grund als besorgniserregend eingeschätzt, da sie sich in Parallelgesellschaften bewegen und besonders anfällig für weitere Radikalisierungstendenzen sind.

28. Bundeskriminalamt, Erhebung offener Haftbefehle „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“, Juni 2019.

Schlaglicht 7: Vergleichbarkeit der verschiedenen Extremismusspielarten

Die verschiedenen Extremismusspielarten sind für die Sicherheitsbehörden längst nicht mehr separat voneinander zu bewerten, stehen in der medialen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit jedoch häufig als Antipode gegenüber. Während viele Kritiker die Ursache für den lange Zeit kaum beachteten Anstieg der „PMK-rechts“ darin sehen, dass die Sicherheitsbehörden den Fokus auf die „PMK-links“ und seit einigen Jahren auch auf den Bereich „ausländische Ideologie“ gelegt haben, wird heute angemahnt, dass das mediale und gesellschaftliche Interesse am Rechtsterrorismus nicht in Konkurrenz zur Bekämpfung islamistischen Terrors stehen darf.

Die derzeitigen Entwicklungen der Extremismen machen vielmehr deutlich, wie sich die verschiedenen Lager gegenseitig bedingen und dadurch die Gewaltspirale bei den teils ohnehin in hohem Maße gewaltbereiten Extremisten steigt. Dabei wurden zudem Verhaltensmuster voneinander übernommen: Die autonome Antifa-Bewegung, die sich häufig auf die Neonazis als einzigen Gegner fokussiert hat, wird heute in ihrem Feindschema von den „Autonomen Nationalisten“ kopiert, was zu einer intensiven Anti-Antifa-Tätigkeit und gewalttätigen Übergriffen auf den vermeintlichen politischen Gegner geführt hat.²⁹

Ein weiteres Paradebeispiel für die wechselseitige Radikalisierungsspirale ist die gewaltbereite Gruppierung „Hooligans gegen Salafisten“³⁰, die u.a. bei Kundgebungen des deutschen Salafisten Pierre Vogel

29. Mittlerweile versuchen Kameradschafts-Aktivist:innen aus dem Umfeld der „autonomen Nationalisten“ mit mehr oder weniger gezielten Aktionen, ihre politischen Gegner aus der autonomen Antifa-Bewegung auch direkt anzugreifen. So gab es Angriffe auf die Wohnhäuser vermeintlicher Antifa-Aktivist:innen und auf linke Jugendclubs.

30. Es handelt sich um eine bundesweit agierende, vorwiegend aus der Hooligan-Szene stammende Aktionsgruppe, die sich nach eigenen Angaben gegen den Salafismus in Deutschland wendet. Nach Einschätzung von Verfassungsschutzexperten ist die Gruppe nicht auf die Hooligan-Szene beschränkt, sondern hat sich als Sammelbecken weiterer radikaler Akteure etabliert, die starke Gewaltbereitschaft aufweisen.

aufmarschierten und infolge der Terroranschläge von 2015 und der „Flüchtlingskrise“ verstärkte Aufmerksamkeit erlangten.

Während die Sicherheitsbehörden das Wechselspiel zwischen den Extremisten in ihre Lageeinschätzungen einbeziehen müssen, erschwert ein weiterer Faktor ihre Arbeit: Wie im islamistischen Terrorismus spielt auch im Rechtsterrorismus der Tätertyp des „Lone Wolf“, im Fall von Islamismus von den Bundesnachrichtendiensten auch „führerloser Dschihad“ genannt, eine zunehmend große Rolle. Ein „Lone Wolf“-Terrorismus meint Aktivitäten von Einzelnen, die ohne Anleitung von Organisationen oder Personen handeln. Dabei ist zu betonen, dass sich die Bezeichnung „Einzeltäter“ lediglich auf die konkrete Tatplanung bezieht. „Lone Wolves“ können sich angesichts von Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft motiviert fühlen rassistisch motivierte Gewalttaten zu begehen, und in Folge der Sozialisation in der rechtsextremistischen bzw. islamistischen Szene insgesamt eine erhöhte Gewalt- und Ideologiefixierung erhalten haben.

Schlaglicht 8: Internationale Vernetzung von Rechtsterroristen als neue Herausforderung

Aufgrund der nationalistischen Ideologie der Rechtsextremisten bzw. – terroristen wurde ihre internationale Vernetzung häufig unterschätzt. Dabei ist Rechtsterrorismus heute auch als globales Phänomen zu verstehen und als solches zu behandeln. Diese Analyse ist im Fall von Deutschland sowohl aus historischer Sicht als auch mit Blick auf die aktuelle rechtsterroristische Vorgehensweise zu bestätigen. Internationale Verbindungen bestehen insbesondere mit dem Ziel der Waffenbeschaffung, aber auch der Nutzung von Konflikten zur eigenen Ausbildung an der Waffe. Zu nennen sind in diesem Kontext zum Beispiel der Aufenthalt der Wehrsportgruppe Hoffmann im Libanon Anfang der achtziger Jahre und die Zurverfügungstellung eines Ausbildungslagers durch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) aber auch die Teilnahme rechtsextremistisch ideologischer Söldner am Jugoslawienkrieg.³¹ Belastbare Quellen für die Teilnahme rechtsextremer Deutscher am Krieg in der Ukraine stehen derzeit noch aus.

Ein weiterer zentraler internationaler Bezugspunkt entstand durch die Übernahme der Theorie des Kulturmarxismus durch die deutsche Rechte. Diese Theorie ist in den USA bereits ein gängiger Kampfslogan, der in der neuen Rechten zum ideologischen Hintergrund ihrer Weltanschauung gehört und auch den Attentäter Anders Breivik angetrieben und den Christchurch-Anschlag bedingt haben. Die Theorie, dass eine politische Elite, unterwandert durch Juden und Muslime einen Generalangriff auf nationale und christliche Werte gestartet hat und dem „weißen, christlichen Mann“ als „Gedankenpolizei“ Schuld einreden wolle, könnte ein möglicher Auslöser des versuchten Anschlags auf die Haller Synagoge am 9. Oktober 2019 gewesen sein.

31. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Carsten Hübner, Ulla Jelpke, Heidi Lippmann, Roland Claus und der Fraktion der PDS „Deutsche Söldner in bewaffneten Konflikten“, Drucksache 14/6413, 2001.

Schlaglicht 9: Unterwanderung des Staatsapparats als neue Herausforderung

Die Präsenz von Rechtsextremisten und –terroristen im Staatsapparat und insbesondere die Verbindung zur Bundeswehr ist bisher kaum erforscht und stellt ein politisch sensibles Forschungsfeld dar. Eine Kehrtwende stellen in diesem Hinblick die Terrorermittlungen gegen Bundeswehrsoldaten Franco O. im Jahr 2017 dar.³² Bei den Ermittlungen wurde bekannt, dass der Soldat in der Bundeswehr befördert wurde, obwohl ihm bereits während des Studiums eine rechtsextreme Gesinnung nachgewiesen werden konnte. Der Fall löste eine öffentliche Debatte über die Verbreitung rechtsextremer Grundhaltungen in der Bundeswehr und deren Traditionspflege in Bezug auf die Wehrmacht aus. Er führte zu Konsequenzen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr. So wurde beispielsweise der Traditionserlass der Bundeswehr überarbeitet. 2019 wurde infolge des Falls auch der bundeswehrinterne Militärische Abschirmdienst (MAD) neu aufgestellt. Vorgesehen sind eine personelle Verstärkung sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Im Jahr 2018 hat der MAD vier Soldaten oder Beschäftigte als „erkannte Rechtsextremisten“ eingestuft. Zuletzt wurden außerdem etwa 450 Fälle mit einem Verdacht auf Rechtsextremismus gezählt und eine mögliche Mitgliedschaft bei den „Reichsbürgern“³³ und der „Identitären Bewegung“ geprüft.³⁴ Eine auffällige Häufung von Verdachtsfällen gab es im Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr.

32. Franco O. war es in einem Täuschungsmanöver gelungen, als angeblicher syrischer Flüchtling in einem Asylverfahren anerkannt zu werden und plante unter dieser falschen Identität rechtsextrem motivierte terroristische Anschläge.

33. Reichsbürger bestreiten die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als legitimer und souveräner Staat und lehnen deren Rechtsordnung ab.

34. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Agnieszka Brugger, Dr. Konstantin von Notz, Dr. Irene Mihalic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Berichte über mögliche rechtsextremistische Verbindungen in der Bundeswehr und in den Sicherheitsbehörden“, Drucksache 19/7173, 06 März 2019.

Schlussfolgerung

Der Anschlag von Halle und die Ermordung von Walter Lübcke haben die Grenzen der Bekämpfung von Rechtsterrorismus in Deutschland deutlich aufgezeigt. Beide Anschläge haben zu einem Umdenken in Deutschland geführt und Rechtsterrorismus nunmehr als zentrale Gefahr der deutschen Demokratieordnung auf die Agenda gehoben. Die Gefahrenlage ist akut, da seit mehreren Jahren im rechtsextremen Milieu Adresslisten³⁵ von „politischen Gegnern“ kursieren, die bei bereits radikalisierten Personen zu einem Auslöser für konkrete Anschlagpläne werden können.

Der derzeit in Politik und Medien diskutierte Maßnahmenkatalog gegen Rechtsterrorismus setzt sowohl auf präventiv eingreifende Arbeit, Deradikalisierungsangebote und Stärkung der Kontrolle durch die deutschen Sicherheitsbehörden.

Politische Bildung spielt in Deutschland in der erinnerungspolitischen Präventionsarbeit seit geraumer Zeit eine zentrale Rolle, muss sich derzeit jedoch neuen Herausforderungen wie zum Beispiel dem Verlust der letzten Zeitzeugen der Periode des Nationalsozialismus stellen. Eine Erinnerungskultur 3.0 muss junge Menschen ohne direkten Bezugspunkt zum Zweiten Weltkrieg erreichen und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einbeziehen.

In Deutschland hat sich in den letzten Jahren ein dichtes Netzwerk an Anlaufstellen zur Prävention von gewaltorientiertem Extremismus gebildet. Die Bandbreite reicht von Hotlines und Beratungsstellen über pädagogische Maßnahmen und Weiterbildungen bis zu Intervention und Deradikalisierung. Die Anlaufstellen haben dabei früh die Gemeinsamkeiten von Rechtsextremismus und Islamismus entdeckt und sich die jeweiligen Erfahrungen zu Nutzen gemacht. Hier gilt es durch eine Erhöhung der staatlichen Finanzierung das Angebot auszubauen und „Erfolgsgeschichten“ deutlicher zu kommunizieren.

Das Bundeskriminalamt will zukünftig mit einer neuen Struktur und mehr Personal die Ermittlungen gegen rechtsterroristische Gruppierungen und Einzeltäter intensivieren, so zum Beispiel durch die Einrichtung einer „Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität“, die in insgesamt zehn

35. Bekanntester Fall ist das rechtsextreme „Prepper-Netzwerk Nordkreuz“, das eine Liste mit Namen und Adressen von etwa 25.000 politischen Gegnern gesammelt hat.

Referaten den „Verfolgungsdruck“ erhöhen soll. Ebenfalls geplant ist die Einführung eines Risikobewertungssystems für gewaltbereite Rechtsextremisten wie es bereits im islamistischen Terrorismus angewandt wird. Im Hinblick auf Hasskriminalität im Internet will das BKA zudem eine „nationale Stelle zur konsequenten Bekämpfung“ schaffen. Auch im Bundesamt für Verfassungsschutz sind Umstrukturierungen geplant, die sich insbesondere in Form von Personalanwerbung für die Analyse und Bewertung von rechtsextremistischen Strukturen niederschlagen werden. In dem Inlandsgeheimdienst gibt es außerdem die Überlegung, gewaltbereite Rechtsextremisten früher durch sogenannte „Gefährderansprachen“ von möglichen Straftaten abzuhalten

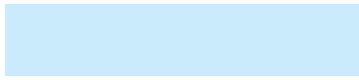
Zu betonen ist, dass keine der Maßnahmen unmittelbaren Einfluss auf die Gefahrenlage hat, da Präventionsarbeit und die Umstrukturierung von Sicherheitsbehörden langfristig angelegt sind. Zentrale Aufgabe der Politik wird es dementsprechend sein, in den nächsten Monaten das gesamtgesellschaftliche Klima in Deutschland zu verbessern und populistische Diskurse, die radikalem Verhalten den Boden ebnet, einzudämmen.

Weiterführende Literatur

- Röpke, Andrea und Speit, Andreas (Hrsg.): *Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland*, Ch. Links Verlag, 2013.
- Pfahl-Traughber, Armin, *Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Springer VS, 2019.
- Staud, Toralf und Radke, Johannes: *Neue Nazis – Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts*, KiWi-Taschenbuch, Kiepenheuer & Witsch eBook, 2012.
- Virchow, Fabian, Langebach, Martin und Häusler, Alexander (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus*, Springer VS, 2016.
- Quent, Matthias, *Deutschland rechts außen: wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*, Piper, 2019.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- H. Stark, [30 ans après la chute du Mur. Une Allemagne unifiée, une population désunie](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 150, Ifri, November 2019.
- F. Meixner, P. Figge, [Das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Gesetzgeberische Motive, Aufbau und erste Erfahrungen](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 149, Ifri, Oktober 2019.
- Daniel Vernet Gruppe, [Soziale Dimension Europäischer Politik: Ein neues Feld deutsch-französischer Verantwortung](#), *Éditoriaux de l'Ifri*, September 2019.
- C. Demesmay, B. Kunz, [Sustaining Multilateralism in a Multipolar World. What France and Germany Can Do to Preserve the Multilateral Order](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 148, Ifri, Juni 2019.
- E. Dubslaff, [Où va le SPD ? Les sociaux-démocrates allemands et la sortie de crise\(s\)](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 147, Ifri, Mai 2019.
- Daniel Vernet Gruppe, [Migration und Zusammenhalt in Europa: Herausforderung, nicht Widerspruch](#), *Éditoriaux de l'Ifri*, Mai 2019.
- B. Schraven, [Fluchtursachenbekämpfung: Die deutsche Debatte](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 146, Ifri, März 2019.
- H. Stark, [Vers une intégration des économies française et allemande ? Les ambitions du traité franco-allemand d'Aix-la-Chapelle](#), *Éditoriaux de l'Ifri*, Januar 2019.



Institut français
des relations
internationales